

DEMOGRAFISCHE FORSCHUNG

Aus Erster Hand

Eine gemeinsame Publikation des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung, des Rostocker Zentrums zur Erforschung des Demografischen Wandels, des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, des Vienna Institute of Demography / Austrian Academy of Sciences und des Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital.

Editorial

Seid fruchtbar und mehret euch? Analysen zur Geburtenrate

Um eine Familie zu gründen, bedarf es keiner Ehe mehr. Diese Schlussfolgerung drängt sich auf, wenn man die Entwicklung der Eheschließungsrate in Europa betrachtet. Während es hier im Jahr 1970 fast acht Eheschließungen pro 1.000 Einwohner gab, halbierte sich diese Zahl bis 2011. Gleichzeitig stieg der Anteil nichtehelicher Geburten in vielen Ländern rapide an. Welche Faktoren erklären diese Dynamik? In einer neuen Studie analysieren Trude Lappegård, Sebastian Klüsener und Daniele Vignoli diese Frage mit Hilfe statistischer Methoden. Sie zeigen, dass es große Unterschiede zwischen Ländern gibt und dass die Wahrscheinlichkeit von nichtehelichen Geburten eng mit den Chancen am Arbeitsmarkt sowie dem Bildungsniveau der Frauen verbunden ist. Die Effekte von staatlichen Interventionen auf Geburtenraten wurden in einer Studie von Robert Fenge und Beatrice Scheubel anhand von historischen Daten für Deutschland untersucht. Die Einführung einer Rentenversicherung unter Bismarck im Jahr 1891 kann als natürliches Experiment verwendet werden, um den Einfluss sozialer Sicherungssysteme auf Fertilitätsentscheidungen zu analysieren. Die Ergebnisse des Artikels deuten auf signifikante Rückgänge der Geburtenrate in Regionen, in denen die Zahl der Rentenversicherten zunimmt, und zeigen, dass soziale Sicherungssysteme als potentiell Instrument der Politik gegen Überalterung in der wirtschaftspolitischen Diskussion integriert werden sollten.

Mit der Frage, warum die Geburtenraten innerhalb Deutschlands so stark variieren, beschäftigt sich auch der Beitrag von Martin Bujard und Martina Scheller. Sie fanden heraus, dass die Religiosität und die Bildung von Frauen, Unterschiede im Geschlechterverhältnis sowie die Infrastruktur und wirtschaftliche Charakteristiken verschiedener Regionen hierbei eine wichtige Rolle spielen können.

Die Beiträge, die in dieser Ausgabe von Demografische Forschung Aus Erster Hand präsentiert werden, sind ausgezeichnete Beispiele dafür, wie die rigorose Anwendung von statistischen Methoden zu demografischen und sozioökonomischen Daten relevante Einblicke in gesellschaftliche Zusammenhänge liefern und evidenzbasierte Politik unterstützen können.

Jesus Crespo Cuaresma / Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital

Max-Planck-Institut für demografische Forschung

Wer geht noch vor den Traualtar?

Im Osten Deutschlands sind Frauen ökonomisch unabhängiger und nichteheliche Geburten häufiger

Bis in die 1960er Jahre herrschte in fast ganz Europa das „goldene Zeitalter der Ehe“: Wer eine Familie gründen wollte, ging vorher selbstverständlich zum Standesamt. Wie oft das heute noch vorkommt, hängt laut einer Studie des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung vom Land, vom sozialen Status und von der ökonomischen Selbständigkeit der Frau ab.

Über die Ehe wurde in den vergangenen Monaten in Deutschland viel diskutiert: Wozu ist sie da, wen soll sie schützen, und was hat das Ganze mit Kindern zu tun? Tatsächlich sind Eheschließung und Familiengründung in vielen Ländern Europas längst nicht mehr so eng aneinandergekoppelt wie in den 1950ern und 1960ern. Damals herrschte in Europa ein „goldenes Zeitalter der Ehe“: Fast jeder, der damals eine Familie gründen wollte, ging vorher selbstverständlich zum Standesamt. Dies hat sich in den letzten Jahrzehnten geändert. Viele Paare heiraten heute erst nach der Geburt gemeinsamer Kinder oder verzichten ganz auf die Ehe.

Warum die Ehe bei der Familiengründung anscheinend immer unwichtiger wird und welche Faktoren diesen Prozess steuern, untersuchen Sebastian Klüsener vom Max-Planck-Institut für demografische Forschung in Rostock, Trude Lappegård von der Universität Oslo und Daniele Vignoli von der Universität Florenz. Sie haben dafür harmonisierte Umfragedaten aus 16 europäischen Ländern ausgewertet, die unter anderem Informationen über Geburten, Religiosität, soziale und ökonomische Faktoren sowie die Bildung der einzelnen Mütter beinhalten (s. Tab. 1). Die repräsentative Studie be-

Land	Anteil der nicht-ehelichen Erstgeburten zusammenlebender Paare	Religiosität	Ökonomische Autonomie von Frauen	Strukturelle ökonomische Bedingungen
	in Prozent	Index 0 (niedrig) - 10 (hoch)	Index 1 (niedrig) - 5 (hoch)	Arbeitslosigkeitssrate
Italien	2,0	6,1	2,8	6,8
Polen	8,5	6,5	3,2	16,3
Litauen	16,6	5,4	3,1	11,1
Rumänien	16,8	6,8	3,1	5,4
Russland	21,3	4,3	3,0	7,9
Ungarn	21,5	4,3	3,2	5,0
Deutschland	27,1	4,3	3,6	9,6
Spanien	27,1	4,5	3,7	9,9
Bulgarien	30,4	4,3	3,2	12,2
Niederlande	31,7	5,0	3,8	3,1
Belgien	45,8	4,9	3,6	6,7
Ver. Königreich	46,9	4,2	3,6	3,6
Österreich	48,5	5,1	3,7	3,9
Frankreich	54,9	3,7	3,8	7,7
Estland	59,5	3,6	3,6	8,7
Norwegen	60,0	3,9	4,2	3,0

Tab 1: In Ländern mit einer hohen Religiosität und einer schlechteren Stellung der Frau auf dem Arbeitsmarkt ist bei zusammenlebenden Paaren der Anteil nichtehelicher Erstgeburten geringer (Zahlen beziehen sich auf den Untersuchungszeitraum). Quelle: Harmonized Histories, Generations and Gender Survey, Generations and Gender Contextual Database, European Social Survey, European Value Survey, eigene Berechnungen.

trachtet Frauen, die in einer ehelichen oder nichtehelichen Partnerschaft leben und zwischen 2000 und 2007 ihr erstes Kind bekommen haben. Die Daten zeigen erhebliche Unterschiede in Europa auf. So liegt in Norwegen und Estland der Anteil der nichtehelichen Erstgeburten bei 60 Prozent. Auch in Frankreich, Österreich, Großbritannien und Belgien ist der Anteil vergleichsweise hoch, während er etwa in Polen und Italien noch sehr niedrig ist (s. Tab. 1 und Abb. 1). Inwieweit unterschiedliche soziale Einstellungen und wirtschaftliche Faktoren in den Ländern und Regionen dabei eine Rolle spielen, überprüften die Autoren der Studie zudem mit Hilfe offizieller Statistiken und Daten anderer Umfragen.

Bisherige Studien zum Anstieg nichtehelicher Geburten kommen im Wesentlichen zu zwei Erklärungen, die sich auf den ersten Blick widersprechen. Einige Wissenschaftler halten den Anstieg für eine fortschrittliche Entwicklung, die etwa durch die zunehmende wirtschaftliche Selbstständigkeit von Frauen und eine stärkere Individualisierung getragen wird. Ist eine Frau von ihrem Partner wirtschaftlich abhängig, bietet die Ehe eine finanzielle Absicherung, wenn es zu einer Trennung kommt oder der Partner stirbt. Solche ökonomischen Aspekte der Eheschließung verlieren aber an Bedeutung, wenn beide Partner voll erwerbstätig sind und es staatliche Unterstützungsleistungen für Einzelpersonen gibt, die in Notsituationen geraten sind. Parallel dazu wenden sich viele Menschen von traditionellen und religiösen Normen ab, denen zufolge Geburten in der Ehe erfolgen sollten. Auf Basis dieser fortschrittsbasierten Überlegungen könnte man erwarten, dass die oberen Gesellschaftsschichten Vorreiter beim Anstieg der nichtehelichen Geburten wären. In vielen Ländern ist aber genau das Gegenteil der Fall: Es sind gerade die unteren Bildungsschichten, in denen nichteheliche Geburten verbreitet sind. Dieser Befund ist zentral für alternative Erklärungsansätze, die den Anstieg der nichtehelichen Geburten als eine negative Entwicklung ansehen, welche durch die gestiegene ökonomische Unsicherheit in den unteren Schichten getragen wird.

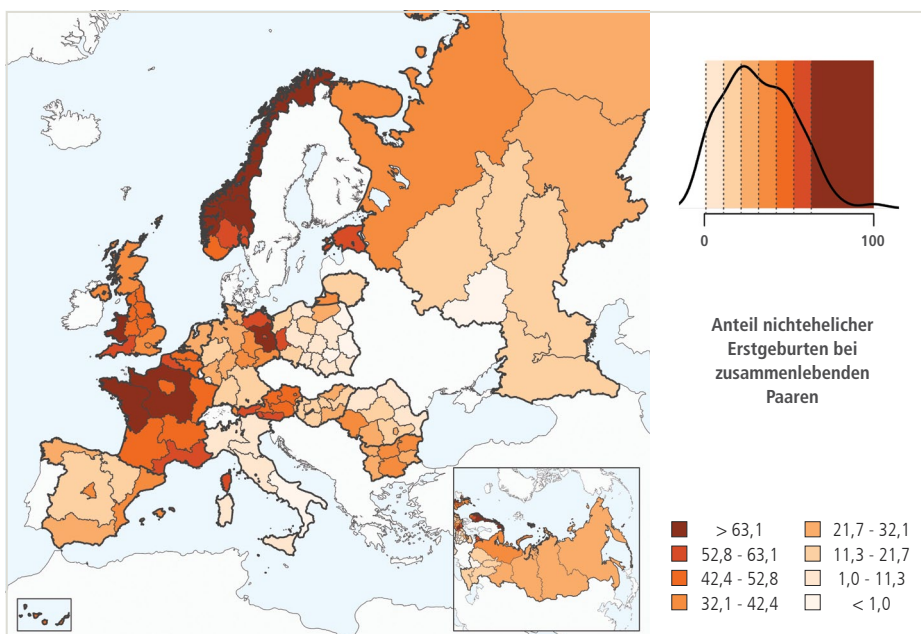


Abb 1: Große Unterschiede in Europa: Ob vor der Geburt des ersten Kindes geheiratet wird, hängt auch stark vom Wohnort ab. Quelle: Harmonized Histories (Generations and Gender Survey und andere Umfragen), eigene Berechnungen. Basiskarte: Max-Planck-Institut für demografische Forschung und Lehrstuhl für Geodäsie und Geoinformatik (2017), Grenzen überwiegend basierend auf Eurogeographics. Die Abbildung in der oberen rechten Ecke zeigt die Dichtekurve für die 116 abgebildeten Regionen.

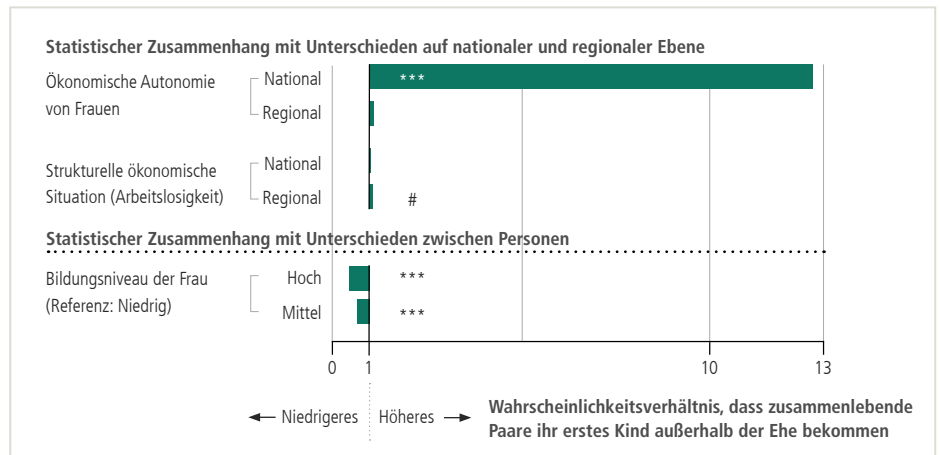


Abb 2: Fortschrittliche Länder mit einer hohen ökonomischen Selbstständigkeit von Frauen haben einen höheren Anteil nichtehelicher Geburten. Auf individueller Ebene gilt dagegen: Frauen mit hoher Bildung bekommen ihre ersten Kinder häufiger in einer Ehe als Frauen mit niedriger Bildung (Modell enthält weitere Kontrollvariablen). Quelle: Harmonized Histories (Generations and Gender Survey und andere Umfragen), eigene Berechnungen. Signifikanzniveaus: #p < 0,1; *p < 0,05; **p < 0,01 ***p < 0,001

Sebastian Klüsener und seine Mitautoren präsentieren in ihrer Studie einen Erklärungsansatz, der die Widersprüche der beiden Theorien zu überwinden versucht: Demnach sind beide Erklärungsansätze für das Verständnis des Anstiegs der nichtehelichen Geburten wichtig; ihr Bedeutungsgrad ist aber abhängig davon, ob Unterschiede zwischen Ländern, Regionen oder Individuen betrachtet werden. Um etwa erklären zu können, warum viele hoch entwickelte nord- und westeuropäische Länder Vorreiter beim Anstieg der nichtehelichen Geburten sind, scheint der Ansatz wichtig zu sein, welcher die Tendenz als fortschrittliche Entwicklung auffasst. In Ländern, in welchen Frauen höhere ökonomische Selbstständigkeit aufweisen, bekamen deutlich mehr zusammenlebende Paare ihr erstes Kind außerhalb der Ehe. Letztgenanntes gilt auch für Länder, in welchen die Menschen weniger religiös sind. Die alternative Erklärung für den Anstieg nichtehelicher Geburten, welche erhöhte ökonomische Unsicherheit als primäre Ursache ansieht, ist dagegen nur wenig geeignet, Unterschiede

zwischen den Ländern zu erklären. So ergab sich in den Modellen kein Zusammenhang zwischen dem Niveau der Arbeitslosigkeit in einem Land und der Wahrscheinlichkeit einer nichtehelichen Erstgeburt. Wenn man aber Unterschiede zwischen einzelnen Individuen innerhalb von Ländern betrachtet, ist der alternative Erklärungsansatz sehr hilfreich. Die Wahrscheinlichkeit, dass eine gut gebildete Frau ihr erstes Kind außerhalb der Ehe zur Welt bringt, ist der Studie zufolge nur halb so hoch wie bei Frauen mit geringer Bildung (s. Abb. 2). Auf regionaler Ebene konnten die Autoren auch feststellen, dass nichteheliche Geburten in Regionen mit höherer Arbeitslosigkeit wahrscheinlicher sind.

Die Ergebnisse können auch zum Verständnis der erheblichen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland bei den nichtehelichen Geburten beitragen. In Ostdeutschland lag der Anteil der nichtehelichen Geburten im Jahr 2015 bei 60%, in Westdeutschland ist er mit 30% gerade einmal halb so hoch. Dieser enorme Unterschied ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass es in der Umbruchphase nach der Wiedervereinigung im Osten zu einem starken Anstieg der nichtehelichen Geburten kam. Dies scheint aber nicht der alleinige Faktor zu sein. Laut Ansicht der Forscher ist der hohe Anteil nichtehelicher Geburten im Osten auch ein Erbe der deutschen Teilung: Bis heute ist die Stellung der Frau auf dem Arbeitsmarkt hier deutlich besser als im Westen. Dazu trägt auch der bessere Zugang zu Kinderbetreuung bei. Daher ist nicht zu erwarten, dass die momentan verzeichnete Angleichung des ost- und westdeutschen Arbeitslosigkeitsniveaus auch zu einer Angleichung der Unterschiede bei den nichtehelichen Geburten führen wird.

Mitautor der wissenschaftlichen Studie:
Sebastian Klüsener

Literatur

Lappegård, T., S. Klüsener and D. Vignoli: Why are marriage and family formation increasingly disconnected across Europe? A multilevel perspective on existing theories. [Early View: 7 September 2017] DOI: 10.1002/psp.2088

Weniger Kinder unter Bismarck

Einführung der Rentenversicherung ließ Geburtenrate im Deutschen Kaiserreich sinken

Das Deutsche Kaiserreich war das erste europäische Land, das den Umbau zu einem Wohlfahrtsstaat einleitete. Nach einer Kranken- und Unfallversicherung wurde unter Bismarck 1891 auch eine gesetzliche Rentenversicherung eingeführt. Ist es Zufall, dass genau ab dieser Zeit die Geburtenrate zu sinken beginnt? Nein, zeigt eine neue Studie des Rostocker Zentrums zur Erforschung des Demografischen Wandels.

Die größten Risiken im Leben lassen sich in drei Stichworten zusammenfassen: Krankheit, Unfall und Armut. Bevor es den Wohlfahrtsstaat gab, der zumindest die größten Härtefälle absichert, musste jeder Einzelne selbst für diese Risiken vorsorgen. Ein wichtiger Bestandteil dieser Vorsorge waren Kinder, die im Notfall finanzielle oder pflegerische Unterstützung leisten konnten. Das änderte sich teilweise, als Ende des 19. Jahrhunderts unter Bismarck ein erstes staatliches Sicherungssystem eingeführt wurde. Tatsächlich begann die Geburtenrate mit der Einführung der Rentenversicherung im Jahr 1891 beständig zu sinken. Zur Jahrhundertwende, als die Rentenversicherung noch einmal so modifiziert wurde, dass die aktuell arbeitende Generation für die Rentner aufkommen musste, beschleunigte sich dieser Rückgang noch einmal (S. Abb. 1). Robert Fenge vom Rostocker Zentrum zur Erforschung des demografischen Wandels und Beatrice Scheubel von der Europäischen Zentralbank gehen daher in einer neuen Studie der Frage nach, inwieweit die Einführung des Rentensystems dafür ursächlich war.

Grundsätzlich gibt es verschiedene Vorsorgemöglichkeiten für den Einzelnen: Er kann private Ersparnisse zurücklegen, auf familiäre Hilfe, vor allem durch Kinder, setzen oder auf eine gesetzliche Rente bauen, die im Alter ausgezahlt wird. Nach der Einführung der Rente im Jahr 1891 waren etwa 20 bis 25 Prozent der deutschen Bevölkerung pflichtversichert. Dadurch kommen zwei

gegensätzliche Effekte zum Tragen: Zum einen wurden die Kosten, die ein Kind verursacht, durch die Einführung einer gesetzlichen Rente gemindert. Denn da der Lohn um den Rentenversicherungsbeitrag gekürzt wurde, war auch der Verlust kleiner, wenn wegen eines Kindes weniger gearbeitet wurde. Andererseits hätten die Rentenbeiträge bei einer freiwilligen Vorsorge gewinnbringender angelegt werden können, so dass die Versicherung insgesamt wie eine Art Steuer wirkte. Diese reduzierte das Lebensinkommen der Arbeiter insgesamt – der finanzielle und zeitliche Spielraum, um Kinder aufzuziehen, wurde dadurch kleiner. Beide Effekte und ihre Wirkungsrichtung analysierten Fenge und Scheubel mit Hilfe eines so genannten „Überlappenden-Generationen-Modells“, mit dem finanzielle Anreize auf verschiedene aufeinanderfolgende Generationen untersucht werden können. Dieses Modell überprüften die beiden Wissenschaftler dann mit einem empirischen Ansatz, um festzustellen zu können, welcher Effekt größer ist. Dazu wurden umfangreiche Daten zu der Anzahl ehelicher Geburten, dem Anteil rentenversicherter Arbeiter, der Höhe der Rentenbeiträge und der Höhe der ausgezahlten Renten verwendet. Weil sie diese Daten für 23 verschiedene Provinzen des damaligen Kaiserreichs haben, können sie unter anderem anhand regionaler Unterschiede den Effekt der Rentenversicherung gut herausfiltern (vgl. auch Abb. 2). Dabei zeigt sich, dass das neu eingeführte Rentensystem tatsächlich einen finanziellen Anreiz setzte, weniger Kinder zu bekommen: Steigt die Zahl der Rentenversicherten um einen Prozentpunkt, so prognostiziert das Modell einen Rückgang von immerhin 54 ehelichen Geburten pro 100.000 Einwohnern. Für die Zeit zwischen 1895 und 1907 sind etwa 15 Prozent des gesamten Geburtenrückgangs auf die Einführung der Rentenversicherung zurückzuführen.

In ihren Modellen berücksichtigen Fenge und Scheubel darüber hinaus weitere Faktoren, die ebenfalls die Geburtenrate beeinflussen könnten und rechnen diese heraus: Eine höhere Bildung, die zunehmende Ver-

städterung, das kriegs- oder migrationsbedingte Ungleichgewicht von Männern und Frauen, die Einführung einer Krankenversicherung, ein höherer Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung etwa sind Beispiele für Faktoren, die den Rückgang der Geburtenrate ebenfalls antreiben. Mit aller Vorsicht lassen sich hier auch Vergleiche ziehen: Demnach hat ein Anstieg der Rentenversicherten um einen Prozentpunkt eine dreimal so hohe negative Auswirkung auf die Geburtenrate wie eine Zunahme des Ungleichgewichts zwischen Männern und Frauen um einen Prozentpunkt.

In ihrer andauernden und ausgeweiteten Funktion wird die gesetzliche Rentenversicherung bis heute die Geburtenrate noch weitaus stärker beeinflusst haben, meinen die beiden Autoren. Der Einfluss der sozialen Sicherungssysteme auf das aktuelle Problem der Überalterung sollte daher nicht unterschätzt werden.

Mitautor der wissenschaftlichen Studie:
Robert Fenge

Literatur

Fenge, R. and B. Scheubel:
Pensions and fertility: back to the roots. Journal of Population Economics 30(2017)1; 93-139.
DOI: 10.1007/s00148-016-0608-x

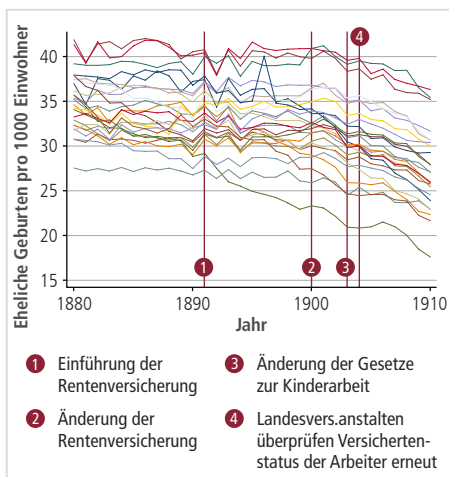


Abb. 1: Änderungen im Sicherungssystem und der Rückgang der Geburtenraten in den einzelnen deutschen Provinzen fallen oftmals zusammen. Quelle: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Jahresberichte Landesversicherungsanstalten, eigene Berechnungen

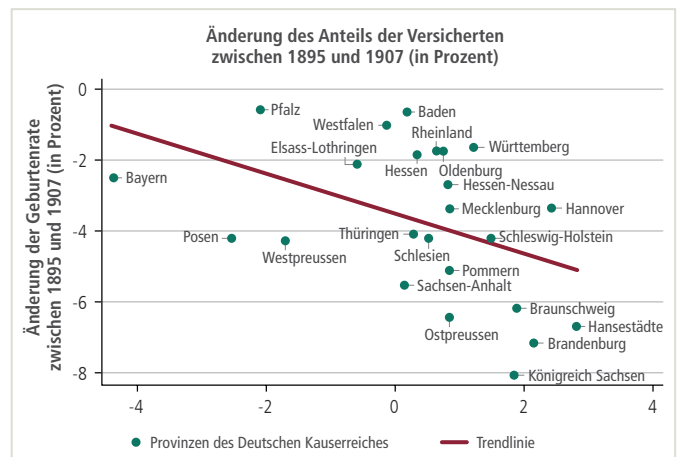


Abb. 2: Provinzen, in denen die Zahl der Rentenversicherten stark zunimmt, verzeichnen oftmals besonders starke Rückgänge bei der Geburtenrate. Quelle: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Jahresberichte Landesversicherungsanstalten, eigene Berechnungen.

Große regionale Unterschiede bei der Geburtenrate

Wie viele Kinder Frauen im Schnitt bekommen, hängt auch vom Wohnort ab

Die endgültige Kinderzahl von Frauen, die heute Mitte bis Ende 40 Jahre alt sind, unterscheidet sich zwischen den gut 400 deutschen Kreisen ganz erheblich. Das hat eine gemeinsame Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung und des Statistischen Bundesamtes erstmals anhand von Berechnungen gezeigt. Demnach hängt die Geburtenziffer unter anderem von der Verfügbarkeit von Wohnraum, der Bevölkerungsdichte, dem Geschlechterverhältnis und der Wirtschaftsstruktur ab.

In Cloppenburg ist die Welt aus demografischer Sicht noch in Ordnung. Frauen, die hier wohnen und zwischen 1969 und 1972 geboren wurden, bekamen im Schnitt 2,01 Kinder und erreichten damit fast das so genannte „Bestandserhaltungsniveau“ von 2,1 Kindern, bei dem die Bevölkerung weder schrumpft noch wächst. Auch in vielen Landkreisen im Allgäu, im Odenwald, im südlichen Franken und im westlichen Niedersachsen liegt die endgültige Geburtenziffer dieser Jahrgänge über 1,7 oder 1,8 Kinder pro Frau und damit weitaus höher als im Bundesschnitt (s. Abb.1). Vor allem in Großstädten finden sich dagegen besonders niedrige Geburtenziffern: Mit 1,05 Kindern pro Frau stellt Passau das Schlusslicht, wie Martin Bujard und Melanie Scheller ermittelt haben.

Die beiden Wissenschaftler nutzten die neuen Daten des Zensus 2011 und lieferten erstmals Schätzungen für die so genannte Kohorten-Geburtenrate. Im Gegensatz zur Perioden-Geburtenrate wird dabei nicht berechnet, wie viele Kinder in einem bestimmten Kalenderjahr zur Welt kamen, sondern wie viele Kinder Frauen eines bestimmten Altersjahrgangs bekommen haben. Weil im Zensus die Geburtenzahl nicht direkt erfasst wird, mussten die beiden Wissenschaftler diese Information aus der Anzahl der im Haushalt lebenden Kinder ableiten. Um möglichst verlässliche Aussagen über die endgültige Geburtenrate zu erhalten, wählten die beiden Wissenschaftler daher die Jahrgänge 1969 bis 1972 für ihre Untersuchung aus. Frauen mit diesen Geburtsjahrgängen

waren im Jahr 2011 einerseits so alt, dass ihre Familienbildung weitestgehend abgeschlossen war, andererseits aber noch so jung, dass man annehmen kann, dass die meisten Kinder zu diesem Zeitpunkt tatsächlich auch noch im Haushalt wohnten. Daher war hier die Abweichung zwischen Geburtenrate und Kinderzahl im Haushalt am geringsten. Durch einen Multiplikator auf Basis amtlicher Statistiken haben die Forscher diese Abweichung korrigiert und präzise Werte für alle deutschen Kreise berechnet.

Diese Schätzung der Kohorten-Geburtenrate auf Kreisebene ist für die Demografie besonders relevant, da sie starke Abweichungen von der jährlich erhobenen Perioden-Geburtenrate ans Licht bringt: Weil letztere durch den Aufschub von Geburten in ein höheres Alter und durch Binnenwanderungen verzerrt wird, unterschätzt die Perioden-Geburtenrate die endgültige Kinderzahl von Frauen

in vielen Kreisen. Das gilt vor allem für Ostdeutschland und für Universitätsstädte. So lag etwa die Perioden-Geburtenrate in Heidelberg viele Jahre unterhalb von 1,0 Kindern pro Frau. Die endgültige Geburtenrate der Jahrgänge 1969-72 liegt dagegen deutlich höher: bei 1,36 Kindern pro Frau.

Bujard und Scheller können in ihrer Studie einige Faktoren ausmachen, die für die Unterschiede in den Landkreisen und Städten maßgeblich sind. So ist die Kohorten-Geburtenrate generell in Kreisen höher, die einen geringen Anteil an gut gebildeten Frauen, einen hohen Anteil an Katholiken und einen Überschuss an Männern haben. Diese Unterschiede betreffen die Zusammensetzung der örtlichen Bevölkerung. Darüber hinaus gibt es gebietsspezifische Merkmale, die eine vergleichsweise hohe Geburtenrate wahrscheinlich machen: Geringe Arbeitslosigkeit, verfügbare und bezahlbare Wohnungen für größere Familien, einen eher traditionellen Arbeitsmarkt mit kleinem Dienstleistungssektor und eine eher ländliche Lage mit geringer Bevölkerungsdichte gehören dazu.

Viele dieser Faktoren können das Stadt-Land-Gefälle bei der

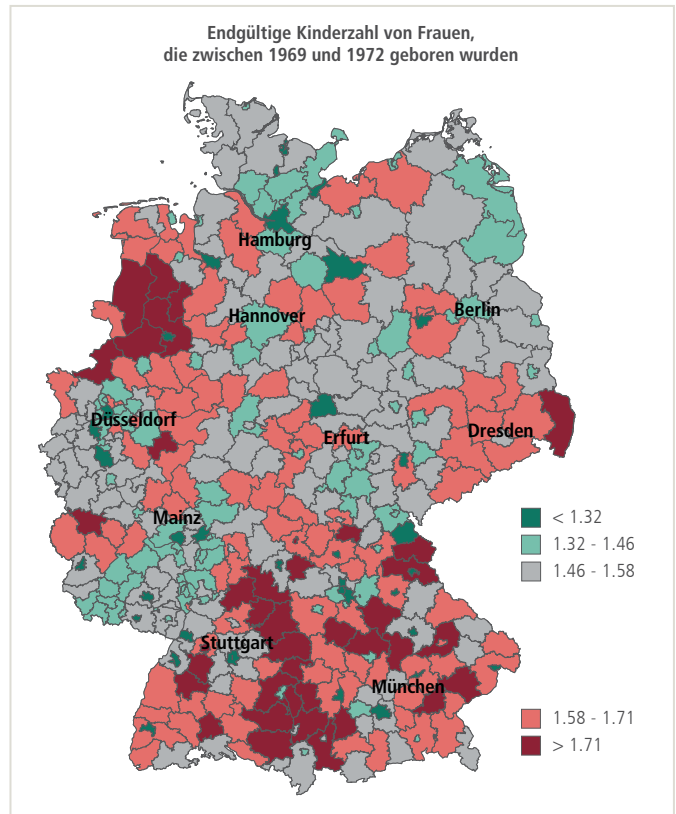


Abb. 1: Die endgültige Kinderzahl von Frauen, die zwischen 1969 und 1972 geboren wurden, variiert in den deutschen Landkreisen und Städten sehr stark. Die Werte wurden mit Hilfe von Daten des Zensus geschätzt. Quelle: eigene Berechnungen, Zensus 2011

Geburtenrate genauer erklären: in städtischen Gebieten gibt es weniger verfügbaren Wohnraum, eine moderne dienstleistungsorientierte Wirtschaftsstruktur, teilweise einen Frauenüberschuss und moderne kulturelle Werte herrschen vor. Bemerkenswert ist zudem der starke Zusammenhang von hoher Geburtenrate und Religion: Dieser findet sich nicht nur bei Katholiken in Westdeutschland, sondern auch bei Protestanten in Ostdeutschland.

Mitautor der wissenschaftlichen Studie:
Martin Bujard

Literatur

Bujard M. and M. Scheller: Impact of regional factors on cohort fertility: new estimations at the district level in Germany. Comparative Population Studies 42(2017), 55-88.

DOI: 10.12765/CPoS-2017-07en

Impressum

Herausgeber: James W. Vaupel, Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Rostock

in Kooperation mit

- Gabriele Doblhammer, Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels, Rostock
- Norbert F. Schneider, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden
- Wolfgang Lutz, Vienna Institute of Demography / Austrian Academy of Sciences und Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital, Wien

ISSN: 1613-5822

Verantwortlicher Redakteur: Roland Rau (V.i.S.d.P.)

Redaktionsleitung: Tomma Schröder

Wissenschaftliche Beratung: Katja Köppen, Roland Rau

Technische Leitung: Silvia Leek **Layout:** Maike Kehler

Druck: Druckerei Weidner GmbH, 18069 Rostock

Anschrift: Max-Planck-Institut für demografische Forschung
Konrad-Zuse-Str. 1, 18057 Rostock, Deutschland

Telefon: (+49) 381/2081-143 **Telefax:** (+49) 381/2081-443

E-Mail: redaktion@demografische-forschung.org

Web: www.demografische-forschung.org

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht notwendigerweise die Meinung der Herausgeber oder der Redaktion wieder. Der Abdruck von Artikeln, Auszügen und Grafiken ist nur für nichtkommerzielle Zwecke bei Nennung der Quelle erlaubt. Um Zusendung von Belegexemplaren wird gebeten.



Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V.

Kontakt:

Martin.Bujard@bib.bund.de | Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung